

Stadt Heidelberg

Federführung:
Dezernat IV, Bürgeramt

Beteiligung:

Betreff:

Generationenprojekt "Wohnen für Hilfe"

Informationsvorlage

Beschlusslauf

Die Beratungsergebnisse der einzelnen
Gremien beginnen ab der Seite 2.2 ff.
Letzte Aktualisierung: 09. März 2011

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Kenntnis genommen:	Handzeichen:
Ausschuss für Integration und Chancengleichheit	11.01.2011	Ö	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	
Haupt- und Finanzausschuss	26.01.2011	Ö	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	
Gemeinderat	10.02.2011	Ö	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	

Inhalt der Information:

Der Ausschuss für Integration und Chancengleichheit, der Haupt- und Finanzausschuss und der Gemeinderat nehmen die Information über das Projekt „Wohnen für Hilfe“ zur Kenntnis.

Sitzung des Ausschusses für Integration und Chancengleichheit vom 11.01.2011

Ergebnis: Kenntnis genommen

Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 26.01.2011

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 26.01.2011

8 **Generationenprojekt „Wohnen für Hilfe“** Informationsvorlage 0202/2010/IV

Es meldet sich zu Wort:
Stadtrat Holschuh

Stadtrat Holschuh bittet darum, nach einem Jahr über die Entwicklung des Projektes zu berichten.

Oberbürgermeister Dr. Würzner sagt dies zu.

gezeichnet
Dr. Eckart Würzner
Oberbürgermeister

Ergebnis: Kenntnis genommen mit Arbeitsauftrag an die Verwaltung

Sitzung des Gemeinderates vom 10.02.2011

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 10.02.2011:

23 Generationenprojekt „Wohnen für Hilfe“
Informationsvorlage 0202/2010/IV

Mit der Maßgabe, dass wie von Stadtrat Holschuh im Haupt- und Finanzausschuss gebeten und von Oberbürgermeister Dr. Würzner zugesagt, nach einem Jahr über die Entwicklung des Projektes berichtet werde, nimmt der Gemeinderat die Information zur Kenntnis.

gezeichnet
Dr. Eckart Würzner
Oberbürgermeister

Ergebnis: Kenntnis genommen mit Arbeitsauftrag an die Verwaltung

A. Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg

1. Betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes

Nummer/n: (Codierung)	+ / - berührt:	Ziel/e:
QU1	+	Solide Haushaltswirtschaft Begründung: Integration und kulturelles Leben konstruktiv gestalten, ausländische
QU6	+	Einwohnerinnen und Einwohner als gleichberechtigte Bürgerinnen und Bürger anerkennen, ethnische und religiöse Heterogenität berücksichtigen Ziel/e:
SOZ 3	+	Solidarität und Eigeninitiative, Selbsthilfe und bürgerschaftliches Engagement fördern Begründung:
DW 4	+	Integration und interkulturelle Handlungsansätze fördern Ziel/e: Begründung: Alle oben genannten Ziele dienen den Integrationsbemühungen der Stadt Heidelberg, die zum sozialen Frieden, zum gleichberechtigten und friedlichen Zusammenleben aller Heidelbergerinnen und Heidelberger und zum kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Wohl aller Bürgerinnen und Bürger beitragen.

2. Kritische Abwägung / Erläuterungen zu Zielkonflikten:

keine

B. Begründung:

In der Sitzung des Gemeinderats am 30.09.2010 wurde entschieden, die Mittel aus der Rieu-Spende für zusätzliche Integrationsprojekte zu verwenden. Konkrete Projekte konnten zum damaligen Zeitpunkt noch nicht genannt werden, da die Verwaltung noch in der Abstimmungs- und Priorisierungsphase war.

I. Projektbeschreibung

Das Projekt „Wohnen für Hilfe“ bringt die Generationen zusammen. Während Ältere, Familien und Menschen mit Behinderung zunehmend Hilfe zur Bewältigung des täglichen Lebens benötigen, suchen die Jüngeren finanzielle Entlastung bei ihrem Studium. An der Universität Heidelberg studieren zur Zeit über 4000 ausländische Studierende. Die Tendenz ist steigend aufgrund der vielschichtigen Angebote der Universität, wobei der Wohnraum für Studierende in Heidelberg schon seit Jahren knapp ist. Insbesondere ausländische Studierende finden – aus den verschiedensten Gründen – keinen Wohnraum und müssen deshalb in den umliegenden Gemeinden (Rhein-Neckar-Kreis) oder sogar in Mannheim Wohnraum anmieten.

Diese Situation soll verbessert werden und so haben sich unter der Federführung von Herrn Bürgermeister Erichson Universität, Studentenwerk, karitative Einrichtungen und Bürgeramt zusammengesetzt und überlegt, ob es eine Lösung für diese Wohnraumlücke geben könnte. Einvernehmlich wurde das Projekt „Wohnen für Hilfe“, das seit mehreren Jahren in anderen Universitätsstädten (Freiburg, Karlsruhe, Stuttgart, Darmstadt, Köln, München) mit Erfolg durchgeführt wird, favorisiert.

Vom Projekt „Wohnen für Hilfe“ profitieren Mieter und Vermieter gleichermaßen und es ist eine gute Alternative zu den bekannten Möglichkeiten am Wohnungsmarkt. Ältere Menschen, die offen für Neues sind und Freude am Kontakt mit jungen Menschen haben, wird die Chance geboten, eigenverantwortlich und selbständig in den eigenen vier Wänden zu wohnen. Familien können bei der Kinderbetreuung entlastet werden und Menschen mit Behinderungen erlangen mehr Mobilität. Studierende werden finanziell entlastet, sammeln Erfahrungen und erlernen soziale Kompetenz für den späteren Beruf.

Die Unterstützerleistungen richten sich nach den Bedürfnissen der Wohnungsgeberinnen und Wohnungsbewerber aus, Hilfe im Haushalt, Gartenarbeit, Einkaufen, Tierpflege, Spaziergänge und vieles andere mehr.

Beide Seiten profitieren innerhalb der Wohnpartnerschaft durch ein Geben und Nehmen.

Dieses Projekt würde den bereits ausgereizten Wohnungsmarkt für Studierende durch zusätzliche Wohnangebote entspannen.

Für die Stadt Heidelberg können sich durch dieses zusätzliche Wohnangebot die jährlichen Finanzausgleichszahlungen durch die Anmeldungen zum Hauptwohnsitz Heidelberg erhöhen.

Aufgrund der derzeit schwierigen Situation für ausländische Studierende soll dieses Integrationsprojekt zunächst auch für diesen Personenkreis gelten und später auch auf deutsche Studierende ausgeweitet werden.

II. Umsetzung und Finanzierung

Die Umsetzung soll auf zwei Säulen basieren:

1. Studentenwerk (verantwortlich für Akquise und Vermittlung von Wohnpartnerschaften)

Die Zahl und die Daten der für Heidelberg wohnungssuchenden Studierenden hält das Studentenwerk bereits vor, so dass es in erster Linie darum geht, Wohnraumanbieter zu finden. Dafür bedarf es einer intensiven Öffentlichkeitsarbeit, die unter III. beschrieben wird.

2. Karitative Einrichtungen (Diakonie/Caritas)

sind verantwortlich für die weiteren Formalitäten und Beratung der Vermieter und Mieter zusammen mit Ehrenamtlichen. Sie bieten:

- - persönliche Beratung
- - Unterstützung bei der Auswahl und Vermittlung des Wohnpartners
- - Hilfe beim Vertragsabschluss
- - Betreuung bestehender Wohnpartnerschaften.

Notwendig hierfür ist im ersten Schritt die Einrichtung einer halben Personalstelle (Entgeltgruppe E 9) - geschätzte Kosten circa 20.800,00 Euro plus Sachkosten circa 2.500,00 Euro.

Da die karitativen Einrichtungen diese Kosten nicht vorfinanzieren können, müsste dies durch eine Anschubfinanzierung der Stadt Heidelberg erfolgen. Hier stünden die noch nicht verbrauchten finanziellen Mittel der „Rieu-Spende“ anteilig zur Verfügung.

In den Fällen, in denen die Studierenden ansonsten keinen Wohnsitz in Heidelberg nehmen würden, können sich die Kosten - bei Anmeldung mit Hauptwohnsitz über den maßgeblichen Stichtag hinaus -im Rahmen des kommunalen Finanzausgleiches gegebenenfalls ganz amortisieren.

III.

Eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit wird von allen Projektpartnern formuliert und finanziert werden müssen. Um die Kosten gering zu halten, wird dies über Internetplattform bzw. auch über Flyer erfolgen, die über die Netzwerkpartner (seien es Kirchen, Stadtteilvereine, ausländische Vereine, Schulen und Kindergärten, Altenheime usw.) verteilt werden.

Um den Heidelberger Wohnungsmarkt für Studierende zu entspannen, wird dieses Projekt mit hoch motivierten Kooperationspartnern favorisiert, insbesondere auch vor dem Hintergrund, dass mehr Studierende ihren Hauptwohnsitz in Heidelberg nehmen können.

Das Projekt stellt eine „Win-Win-Situation“ für alle Beteiligten dar und würde den Universitätsstandort Heidelberg stärken. Dies würde das bereits durch den Gemeinderat beschlossene Angebot „Semesterticket für alle Studenten mit Hauptwohnsitz Heidelberg“ ergänzen.

Da zunächst das Studentenwerk für die Akquise der Wohnungssuchenden und Wohnraumanbieter verantwortlich ist und das Projekt erst nach erfolgreicher Akquise fortgesetzt werden soll, kommen auf die Stadt Heidelberg zunächst nur die Kosten für die Öffentlichkeitsarbeit, die gemeinsam von Stadt und Studentenwerk getragen werden, zu.

Erst in einem zweiten Schritt würde die Anschubfinanzierung durch die Stadt Heidelberg notwendig werden, so dass der Erfolg und die Finanzierung des Integrationsprojektes von der Akquise abhängig ist und deshalb kein finanzielles Risiko mit sich bringt.

gezeichnet

Wolfgang Erichson